

# NIEDERSCHRIFT

über die

## **33. Sitzung des Bürgerbeirates Wiesbaden**

**am 28.01.2004, 18.00 Uhr**

**Rathaus, Raum 107, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden**

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.50 Uhr

### **Anwesend waren:**

Prof. Jochem, Dr. von Poser, Herr Reiß, Herr Schüler, Herr Schuster

### **Entschuldigt fehlten:**

Herr Dr. Eckelmann, Herr Henn, Frau Homberg

### **Als Gäste waren anwesend:**

Frau Friedel-Dammrau, Dezernat IV

zeitweise: Herr Jörg Jordan, Frau Claudia Brillmann

### **Zu TOP 1 Stand der Planung für das Liliencarré, rechtliche Voraussetzungen (Bebauungsplan, städtebaulicher Vertrag)**

Ein Beschluss wurde nicht gefasst.

### **Zu TOP 2 Bürgerproteste gegen Baugenehmigungen der Fa. Wilke; das Problem der Verdichtung in Villenvierteln**

Dem Bürgerbeirat liegen Unterlagen, teils Gerichtsakten, über sieben Baumaßnahmen in Villenvierteln vor, bei denen die Beschwerdeführer vermuten, dass Baugenehmigungen fälschlich ausgesprochen bzw. dass Baugenehmigungen und andere Bauvorschriften nicht eingehalten und seitens des Bauaufsichtsamtes keine Maßnahme dagegen ergriffen wurden.

Es wurde vereinbart, dass Herr Dr. von Poser die Namen an Frau Friedel-Dammrau faxen wird. In der nächsten Sitzung des Bürgerbeirates am 18.02.2004 sollen die Unterlagen/Bilder bereit gestellt werden. Zu dieser Sitzung werden Herr Eltgen, Leiter des Bauaufsichtsamtes und Herr Metz, Leiter des Stadtplanungsamtes, erwartet (s. auch Beschluss des Bürgerbeirates vom 04.12.2003, zu Top 4).

Herr Dr. von Poser wird sich bezüglich der Beschwerden mit der oberen Bauaufsicht als vorgesetzter Fachbehörde in Verbindung setzen.

*Bürgerbeirat bittet um Mitteilung, was unternommen wurde, um den Beurteilungsspielraum des § 34 BauG so einzuengen, dass der politischen Wille umgesetzt wird, wonach weitergehende Verdichtung verhindert werden soll, um dem Villencharakter der Stadt zu erhalten.*

*Sollten noch keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen worden sein, wird gebeten, dies unverzüglich nachzuholen und die Ämter anzuweisen, entsprechend zu verfahren.*

### **Ohne TOP Neuer Entwurf für den Plenarsaal des Landtags**

Die Ausführungen von Herrn Jörg Jordan über den neuen Entwurf für den Landtag werden zur Kenntnis genommen:

- Es handelt sich um einen Entwurf, zu dem bisher noch keine Entscheidungen getroffen wurden.
- Umsetzung des Konzeptes durch die Sieger des letzten Entwurfs, Wachter und Wachter.
- Das benötigte Raumprogramm (Büros, Sitzungssäle, Bürgerzentrum) soll unter Zuhilfenahme des Altbaubestandes und Einbeziehung des vom Verwaltungsgericht genutzten Gebäudes realisiert werden.
- Damit kann die Größe des Neubaus für den Plenarsaal erheblich reduziert werden. Die Baugrenze wird der der ehemaligen Reithalle des Schlosses entsprechen. Im Prinzip wird der Neubau auf der auf der Gründung des alten Gebäudes errichtet. Eine große Baugrube ist nicht erforderlich.
- Der Neubau wird zweigeschossig sein, den Plenarsaal und im Erdgeschoss das Bürgerzentrum enthalten. Die Gebäudehöhen des Schlosses werden unterschritten.
- Die Fassade des Plenarsaals wird aus Glas bestehen, um im Sitzungssaal natürliches Licht nutzen zu können. Die Fassade wird so gestaltet werden, dass sie sich in die Umgebung einpasst.
- Es wird mit einer Abbruchzeit von drei Monaten gerechnet.
- Der an der Grabengasse gewonnene Raum soll für einen Altstadtplatz genutzt werden, an dessen Stirnseite der Bäckerbrunnen liegt.
- Die am Prinzenhäßchen gelegenen Parkplätze werden verlegt . Durch Öffnung des Prinzenhäßchens wird ein Zugang für die Öffentlichkeit zum Altstadtplatz geschaffen.
- Die für erforderlich gehaltene (reduzierte) Zahl von 40 Stellplätzen ist auf dem Gelände des Verwaltungsgerichts vorhanden, der Bau einer Tiefgarage ist daher nicht erforderlich.
- Das Gebäude des Verwaltungsgerichts kann entsprechend den benötigten Bürozuschnitten umgebaut werden, da die wände versetzbar sind.
- Die Kosten für die eigentlicher Landtagsbaumaßnahme werden auf ca. 20 Mio. € geschätzt (alter Vorschlag: 55 Mio. €).
- Zur Zeit wird die Verlagerung des Verwaltungsgerichts auf das Gelände der Villa Söhnlein erwogen, wo das Raumprogramm für Kosten von rd. 12 Mio. € realisierbar wäre

*Der Bürgerbeirat ist von dem vorgetragenen Grundkonzept sehr angetan. Es könnte die Lösung für alle Problem näher bringen.*

*Der Bürgerbeirat möchten gesichert wissen, dass die Baumaßnahmen nicht die schädlichen Wirkungen haben wird, die die andere Baumaßnahme gehabt hätten.*

*Der Bürgerbeirat wünsch eine wirklich schöne Fassade auf dem Niveau der dortigen Umgebung, keine gesichtslose Fassade.*

### **Zu TOP 3 Frankfurter Straße 5 / Parkstraße 97**

Es wird zur Kenntnis genommen:

#### Frankfurter Straße 5:

- Das Ordnungswidrigkeitenverfahren wird durch die Bauaufsicht vorbereitet,
- gleichzeitig finden weitere Abstimmungsgespräche zwischen der Denkmalpflege und der Fa. Selmi statt. Es wurden weitere Angebote eingeholt und Teile der Planung überarbeitet.
- Mitte Februar werden die Einzelgewerke durch den Generalunternehmer vorgestellt und geprüft. Mit einer Auftragsvergabe ist lt. beauftragtem Architekturbüro nicht vor dem Frühjahr 2004 zu rechnen.

#### Parkstraße 97:

Der Eigentümer wurde mit Fristsetzung angeschrieben, eine Antwort liegt noch nicht vor.

*Der Bürgerbeirat fordert dazu auf, beide Verfahren schnell und strikt abzuschließen.*

### **Zu TOP 4 Straßenbäume im Westend**

Anwohner der Blücherstraße hatten im vergangenen Beete in den Baumscheiben angelegt und die Pflegschaft für die entsprechenden Bäume übernommen.

Ohne vorherige Information wurden kurzfristig 18 Bäume gefällt, die Beete wurden zertreten und zerstört. Nach den vorliegenden Informationen ist die Fällung von ca. 330 Bäumen geplant. 85 % davon werden ersetzt.

*Der Bürgerbeirat fordert*

- *Alle gefällten Bäume sind zu 100 % zu ersetzen*
- *Für die Ersatzbepflanzungen sind hochwertige Sorten zu verwenden, keine Billigbäume, wie an der Biebricher Allee.*
- *Die von den Anwohnern angelegten Beete sind auf städtische Kosten zu wieder herzustellen.*

### **Zu TOP 5 Verschiedenes**

#### 1. Müllsituation/Gefahrenabwehrverordnung

Der Vorgang ist auf die Tagesordnung für eine der nächsten Sitzungen zu nehmen. Stadtrat Grella soll dazu eingeladen werden.

#### 2. Verlegung der Gartenbaufachschule nach Geisenheim

Die Gartenbaufachschule Klarenthal soll nach Geisenheim verlegt werden. Eigentümer des bisher genutzten Geländes ist das Land Hessen.

*Bürgerbeirat bittet um Auskunft, ob und ggf. welche Vorbereitungen die Stadt Wiesbaden für die Nutzung des Geländes nach dem Umzug der Gartenbaufachschule trifft.*

#### 3. Tiefgarage unter dem Bowling Green.

Der Vorgang ist auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung zu nehmen.

4. Parkplatz der R&V-Versicherung

Der Vorgang ist auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung zu nehmen.

5. Ehem. Rosenbeet neben der Marktkirche

Der Vorgang ist auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung zu nehmen.

von Poser  
Sitzungsleiter/in

Wilk  
Protokollführung

**Anlage zur Niederschrift**

Tagesordnung